

**2019** **Ausgegeben zu Bonn am 11. Oktober 2019** **Nr. 17**

| Tag        | Inhalt                                                                                                                                                                                                                                                                             | Seite |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 8.10.2019  | Verordnung zu dem Abkommen vom 28. November 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über Kriegsgedenkstätten . . . . .                                                                                                   | 818   |
| 30. 8.2019 | Bekanntmachung der deutsch-malischen Vereinbarung über die Entsendung eines polizeilichen Beraters an die École de Maintien de la Paix und dessen Rechtsstatus . . . . .                                                                                                           | 825   |
| 3. 9.2019  | Bekanntmachung des deutsch-usbekischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .                                                                                                                                                                                         | 827   |
| 9. 9.2019  | Bekanntmachung der deutsch-dominikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit . . .                                                                                                                                                                                      | 829   |
| 10. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen . .                                                                                     | 831   |
| 10. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus . . . . .                                                                                                                        | 832   |
| 11. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-aurischen wandernden Wasservögel . . . . .                                                                                                                                                     | 832   |
| 11. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen) . . . . .                                                                                                                                      | 833   |
| 11. 9.2019 | Bekanntmachung des deutsch-kamerunischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit . . . . .                                                                                                                                                                                       | 833   |
| 12. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) sowie des Protokolls hierzu . . . . .                                                                                                         | 835   |
| 17. 9.2019 | Bekanntmachung zum Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen . .                                                                                                                                                                                          | 836   |
| 17. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Dritten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen . . . . .                                                                                                                                                         | 836   |
| 17. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen . . . . .                                                                                                                                  | 837   |
| 17. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden . . . . .                                                                                    | 837   |
| 24. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen . . . . .                                                                                                                                          | 838   |
| 24. 9.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität . . . . . | 838   |
| 30. 9.2019 | Bekanntmachung über die Berichtigung des französischen Wortlauts des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen (SOLAS) . . . . .                                                      | 839   |
| 1.10.2019  | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten . . . . .                                                                                           | 839   |

Fortsetzung nächste Seite

| Tag       | Inhalt                                                                                                                                                         | Seite |
|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1.10.2019 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe . . . . . | 840   |

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  
Postanschrift: 11015 Berlin  
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz  
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II  
Postanschrift: 53094 Bonn  
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn  
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH  
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln  
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:  
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40  
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

## Verordnung zu dem Abkommen vom 28. November 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über Kriegsgedenkstätten

Vom 8. Oktober 2019

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 6. Mai 1994 zu dem Abkommen vom 16. Dezember 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über Kriegsgräberfürsorge (BGBl. 1994 II S. 598) verordnet die Bundesregierung:

### Artikel 1

Das in Belgrad am 28. November 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Serbien über Kriegsgedenkstätten wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

### Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(3) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, am dem das Abkommen außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. Oktober 2019

Die Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Heiko Maas

Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Serbien  
über KriegsGEDENKSTÄTTEN

Споразум  
између Владе Савезне Републике Немачке  
и Владе Републике Србије  
о ратним меморијалима

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Serbien,  
im Folgenden „die Vertragsparteien“ –

Влада Савезне Републике Немачке  
и  
Влада Републике Србије,  
у даљем тексту: «уговорне стране» –

in dem Wunsch, eine würdige Ruhestätte und immerwährendes Gedenken für die Militärpersonen und zivilen Opfer, die im Zusammenhang mit den Kriegen gefallen oder umgekommen sind, sowie die Bewahrung ihrer Grabstätten in Übereinstimmung mit den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutz der Kriegsoffer, den Zusatzprotokollen vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen sowie den Normen des geltenden humanitären Völkerrechts sicherzustellen,

У жељи да омогуће достојно упокојење и овековечење успомене на војна лица и цивилне жртве рата који су погинули или умрли током или услед ратова као и очување места где су сахрањени у складу са Женевским конвенцијама о заштити жртава рата од 12. августа 1949. године, Допунским протоколима уз Женевске конвенције од 8. јуна 1977. године као и другим нормама важећег међународног хуманитарног права

sind wie folgt übereingekommen:

сагласне су о следећем:

**Artikel 1**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

a) „Deutsche KriegsGEDENKSTÄTTEN“ –

Orte, an denen deutsche Militärpersonen und zivile Kriegstote, die im Zusammenhang mit den Kriegen gefallen oder umgekommen sind, bestattet sind, einschließlich Einzelgräber und Sammelgräber, bestehende und neu zu errichtende Friedhöfe oder Parzellen auf Friedhöfen, und die von Kriegsereignissen im Hoheitsgebiet der Republik Serbien zeugen;

b) „Serbische KriegsGEDENKSTÄTTEN“ –

Orte, an denen serbische (jugoslawische) Militärpersonen und zivile Kriegstote, die im Zusammenhang mit den Kriegen gefallen oder umgekommen sind, bestattet sind, einschließlich Einzelgräber und Sammelgräber, bestehende und neu zu errichtende Friedhöfe oder Parzellen auf Friedhöfen sowie Denkmäler und Gedenkobjekte, und die von Kriegsereignissen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zeugen;

c) „Herrichtung der KriegsGEDENKSTÄTTEN“ –

Kennzeichnung der Grenzen des Bestattungsortes und Anbringen von Gedenkzeichen, Grabplatten, Denkmälern oder sonstigen Gedenkobjekten sowie sonstige, damit in Zusammenhang stehende Maßnahmen;

d) „Instandhaltung der KriegsGEDENKSTÄTTEN“ –

Sicherstellung der Erhaltung der Grabstätten, Denkmäler und Gedenkobjekte, deren Instandhaltung in einem entsprechenden Zustand und Durchführung notwendiger Renovierungsarbeiten;

e) „Beauftragte Organe“ –

von den Vertragsparteien zur Umsetzung dieses Abkommens bestimmte Organe und Organisationen.

**Члан 1.**

(1) У смислу овог Споразума наредни појмови имају следеће значење:

a) «Немачки ратни меморијали» –

места где су сахрањени немачка војна лица и цивилне жртве рата који су погинули или умрли током или услед ратова, укључујући појединачне и заједничке гробнице, постојећа гробља и гробља која ће се накнадно уредити или парцеле на гробљима, и која сведоче о ратним догађајима на територији Републике Србије;

b) «Српски ратни меморијали» –

места где су сахрањени српска (југословенска) војна лица и цивилне жртве рата који су погинули или умрли током или услед ратова, укључујући појединачне и заједничке гробнице, постојећа гробља и гробља која ће се накнадно уредити или парцеле на гробљима као и споменике и меморијалне објекте, и која сведоче о ратним догађајима на територији Савезне Републике Немачке;

в) «Уређивање ратних меморијала» –

означавање граница места сахрањивања и постављање спомен-обележја, надгробних плоча, споменика или других меморијалних објеката као и све друге мере с тим у вези;

г) «Одржавање ратних меморијала» –

обезбеђивање очуваности гробница, споменика и меморијалних објеката, њихово одржавање у одговарајућем стању и спровођење неопходних радова на обнови;

д) «Задужени органи» –

органи или организације које одређују уговорне стране ради реализације Споразума.

(2) Die Vertragsparteien tauschen regelmäßig die aktuellen Listen über die auf ihrem Hoheitsgebiet liegenden Kriegsgedenkstätten aus.

(3) Auch werden alle vorhandenen Informationen zu Personalien der im Zusammenhang mit den Kriegen gefallenen oder umgekommenen Opfer ausgetauscht, die zur Durchführung ihrer Identifizierung notwendig sind. Die Anlage, mit der das Arbeitsverfahren zur Abstimmung der Namenskennzeichnung auf den Kriegsgedenkstätten der Vertragsparteien festgelegt wird, ist Bestandteil dieses Abkommens.

(4) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass Denkmäler für die Opfer des Krieges, die sich nicht auf Kriegsgedenkstätten im Sinne dieses Abkommens befinden, unter dem Schutz der einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften stehen.

#### Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien gewährleisten den Schutz der Kriegsgedenkstätten, den Zugang zu den Kriegsgedenkstätten und das dauernde Ruherecht für die Kriegstoten auf ihrem Hoheitsgebiet. Sie halten die Umgebung der Kriegsgedenkstätten von allen Anlagen frei, die mit der Würde dieser Stätten nicht vereinbar sind.

(2) Die Vertragsparteien sind nach Genehmigung durch die zuständige Institution der jeweils anderen Vertragspartei berechtigt, ihre Kriegsgedenkstätten auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf ihre Kosten herzurichten und zu pflegen.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet auf ihre Kosten die Erhaltung und Pflege serbischer Kriegsgedenkstätten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

#### Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien gewähren gegenseitig kostenlos und auf unbegrenzte Dauer die Nutzung der als Kriegsgedenkstätten dienenden Geländeflächen als dauernde Ruhestätten für ihre Kriegstoten.

(2) Eigentumsrechte werden durch dieses Abkommen nicht berührt. Für notwendig erachtete Änderungen der Grenzen von als Kriegsgedenkstätten genutzten Geländeflächen werden in gegenseitigem Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien oder den von ihnen bezeichneten Institutionen oder Behörden geklärt. Wird im Einvernehmen beider Vertragsparteien eine Geländefläche ganz oder teilweise nicht mehr für den vorgesehenen Zweck genutzt, so entfällt das bisherige Nutzungsrecht gemäß Absatz 1.

(3) Sollte eine der Vertragsparteien eine Geländefläche gemäß Absatz 1 aus zwingenden öffentlichen Gründen für eine andere Verwendung benötigen, so stellt sie eine andere geeignete Geländefläche zur Verfügung und übernimmt die Kosten für die Umbettung der Toten und für die Herrichtung der neuen Gräber. Die Auswahl der neuen Geländefläche, ihre Herrichtung sowie die Durchführung der Umbettung erfolgen in beiderseitigem Einvernehmen.

#### Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien gestatten der jeweils anderen Vertragspartei, ohne dass ihnen daraus Kosten entstehen und nachdem ihnen ein Plan zur vorherigen Zustimmung vorgelegen hat, die Gräber der Kriegstoten, deren Umbettung für notwendig erachtet wird, zusammenzulegen. Die Umbettung von deutschen Kriegstoten erfolgt durch von deutscher Seite benannte Kräfte. Die Umbettung von serbischen Kriegstoten erfolgt durch von serbischer Seite benannte Kräfte.

(2) Über jede Umbettung eines Kriegstoten wird ein Protokoll angefertigt, in dem die alte und die neue Grablage, die Personalien, die Beschriftung der Erkennungsmarke oder andere Identifizierungsmerkmale genannt sind.

(2) Уговорне стране ће редовно вршити размену актуелних спискова ратних меморијала који се налазе на њиховим територијама.

(3) Такође ће се вршити размена свих расположивих информација о личним подацима жртава погинулих или умрлих током или услед ратова који су потребни за њихову идентификацију. Саставни део овог Споразума чини анекс којим се одређује радни поступак за усаглашавање исписивања имена на ратним меморијалима уговорних страна.

(4) Уговорне стране су сагласне да су споменици жртвама рата који нису смештени на ратним меморијалима у смислу овог Споразума заштићени важећим унутрашњим правним прописима.

#### Члан 2.

(1) Уговорне стране обезбедиће, свака на својој територији, заштиту ратних меморијала, приступ ратним меморијалима и трајно право починка страдалих у рату. Оне ће спречавати подизање свих објеката у околини ратних меморијала који су неспојиви са достојанством тих места.

(2) Уговорне стране имаће право да, на основу одобрења надлежне институције друге уговорне стране, на територији државе друге уговорне стране о свом трошку уреде и негују своје ратне меморијале.

(3) Влада Савезне Републике Немачке ће на својој територији о свом трошку обезбедити одржавање и негововање српских ратних меморијала.

#### Члан 3.

(1) Уговорне стране обезбедиће, једна другој, бесплатно и на неограничено време, да се земљишне површине које служе као ратни меморијали користе као трајна почивалишта њихових страдалих у рату.

(2) Овај Споразум не утиче на власничка права. Потребне измене међа земљишних површина које се користе као ратни меморијали решаваће се уз обострану сагласност уговорних страна или институција или органа које ће оне одредити. Уколико се на основу сагласности између двеју уговорних страна неко земљиште у целини или делимично више не користи у предвиђену сврху, то ће имати за последицу губитак досадашњег права коришћења из става 1. овог члана.

(3) Ако једна од уговорних страна из уверљивих јавних разлога неко земљиште из става 1. овог члана буде требала за неку другу намену, онда ће на располагање ставити неко друго прикладно земљиште и преузети трошкове премештања покојника и уређивања нових гробова. Избор новог земљишта, његово уређивање и спровођење премештања покојника врше се уз обострану сагласност.

#### Члан 4.

(1) Уговорне стране, под условом да им неће настати никакви трошкови и да им се предочи план на претходно одобрење, допустиће другој уговорној страни да обједини гробове страдалих у рату чије се премештање буде сматрало потребним. Премештање Немаца страдалих у рату обавиће радна снага коју одреди немачка страна. Премештање Срба страдалих у рату обавиће радна снага коју одреди српска страна.

(2) О сваком премештању неког страдалог у рату саставиће се записник у којем су наведени подаци о старој и новој локацији гроба, лични подаци и подаци о натпису на знаку распознавања или о другим идентификационим ознакама.

(3) Soweit eine ehemals vorhandene Kriegsgedenkstätte durch zwischenzeitliche infrastrukturelle Veränderungen aufgelassen und die dort bestatteten Toten nicht mehr umzubetten sind, gestattet die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet sich diese ehemals vorhandene Kriegsgedenkstätte befindet, nach Genehmigung und auf Kosten der anderen Vertragspartei die Errichtung von Gedenkstätten an diesen ehemaligen Standorten in würdiger und örtlich geeigneter Form. Sofern hierzu eine Geländefläche zur Verfügung gestellt oder die Zustimmung örtlicher Behörden eingeholt werden muss, unterstützt jede Vertragspartei die andere bei der Stellung der Anträge oder beim Abschluss von Verträgen.

(4) Soweit zur Ermöglichung einer endgültigen Bestattung auf einer Kriegsgedenkstätte eine provisorische Bestattung Kriegstoter erforderlich wird, trifft die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet die Kriegstoten gefunden werden, Vorkehrungen für deren ordnungsgemäße und würdige provisorische Bestattung und Kennzeichnung der Grabstätten.

#### Artikel 5

Sofern sich auf deutschen oder serbischen Kriegsgedenkstätten neben deutschen oder serbischen Gräbern von Kriegsoffizieren auch Gräber von Kriegstoten anderer Staaten befinden, ist diese Tatsache bei Entscheidungen über Erhaltung und Pflege dieser Gräber angemessen zu berücksichtigen.

#### Artikel 6

(1) Die Exhumierung der sterblichen Überreste von Militär- und Zivilpersonen aus ihren Grabstätten zur Überführung und Wiederbestattung im Heimatstaat erfolgt ausschließlich auf Antrag der interessierten Vertragspartei und mit Zustimmung der anderen Vertragspartei, die auf diplomatischem Wege eingeholt wird. Sämtliche Kosten der Exhumierung, Überführung und Wiederbestattung oder des Verfahrens der Übergabe der sterblichen Überreste gehen zu Lasten der antragstellenden Vertragspartei.

(2) Die Wiederbestattung der sterblichen Überreste aus Grabstätten im Gebiet der Vertragspartei, in der die Erstbestattung vorgenommen wurde, erfolgt ausschließlich mit Zustimmung beider Vertragsparteien nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Grabstätten befinden, und auf Kosten der die Wiederbestattung für notwendig erachtenden Vertragspartei.

(3) Bei der Exhumierung der sterblichen Überreste von Kriegstoten zur Überführung an einen anderen Ort können Vertreter der interessierten Vertragspartei anwesend sein.

(4) Beide Vertragsparteien führen ein Verzeichnis über jede einzelne Wiederbestattung, einschließlich der Angaben zum ehemaligen und neuen Ort der Grabstätte und der Angaben zur Person der Bestatteten.

#### Artikel 7

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beauftragt den „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ (im Folgenden „Volksbund“ genannt) mit der technischen Durchführung der Aufgaben in der Republik Serbien, die sich aus diesem Abkommen für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ergeben. Für serbische Kriegsgedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständig.

(2) In der Republik Serbien ist das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales das zuständige Organ für die Durchführung dieses Abkommens. Das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien kann einen Dritten mit der technischen Durchführung dieses Abkommens beauftragen.

(3) Уколико су раније постојећи ратни меморијали напуштени због насталих инфраструктурних промена тако да се на том месту укопани покојници више не могу преместити, уговорна страна на чијој територији је некад постојао ратни меморијал допустиће, на основу одобрења и о трошку друге уговорне стране, подизање споменика у достојном облику који одговарају условима на тим локалитетима. Ако је у ту сврху потребно да се стави на располагање неко земљиште или прибави сагласност локалних власти, две уговорне стране ће једна другу помагати приликом подношења захтева или склапања уговора.

(4) Уколико због трајног покопа на неком ратном меморијалу буде потребан привремени покоп страдалих у рату, уговорна страна на чијој су територији нађени страдали у рату предузеће мере за њихов прописан и достојан привремени покоп и за означавање њихових гробова.

#### Члан 5.

Уколико се на немачким или српским ратним меморијалима, поред немачких или српских гробова страдалих у рату, налазе и гробови страдалих у рату из других држава, онда ову чињеницу треба на прикладан начин узети у обзир приликом доношења одлука о одржавању и неговању ових гробова.

#### Члан 6.

(1) Ексхумација посмртних остатака војних и цивилних лица из гробова у којима су сахрањени ради преноса и сахрањивања у отаџбини врши се искључиво на основу захтева заинтересоване уговорне стране и уз сагласност друге уговорне стране, која се прибавља дипломатским путем. Сви трошкови ексхумације, преноса и поновног сахрањивања или поступка предаје посмртних остатака иду на терет уговорне стране подносиоца захтева.

(2) Поновно сахрањивање посмртних остатака из гробница на територији државе уговорне стране где је било прво сахрањивање спроводиће се само уз сагласност обеју уговорних страна, у складу са националним законодавством државе уговорне стране на чијој територији се налазе гробнице и о трошку уговорне стране која је заинтересована за поновно сахрањивање.

(3) При ексхумацији посмртних остатака страдалих у рату која се врши у циљу промене локације гробнице право присуства имају представници заинтересоване уговорне стране.

(4) Обе уговорне стране водиће евиденцију о сваком поновном сахрањивању укључујући и податке о претходном и новом месту гроба као и личне податке сахрањених.

#### Члан 7.

(1) Влада Савезне Републике Немачке задужиће «Народни савез за бригу о немачким ратним гробљима» (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., у даљем тексту «Народни савез») за техничко спровођење задатака у Републици Србији који за Владу Савезне Републике Немачке произлазе из овог Споразума. За српске ратне меморијале који се налазе у Савезној Републици Немачкој надлежно је Савезно министарство за породицу, старија лица, жене и омладину.

(2) Надлежни орган за спровођење овог Споразума у Републици Србији је Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања. Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије може задужити неко треће лице за техничко спровођење овог Споразума.

(3) Soll eine andere Organisation oder Institution mit der technischen Durchführung dieses Abkommens beauftragt werden, so ist die vorherige Zustimmung der anderen Vertragspartei erforderlich.

#### Artikel 8

Die Vertragsparteien gewähren in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften den in Artikel 7 genannten Institutionen und Organisationen der jeweils anderen Vertragspartei jede mögliche Unterstützung, insbesondere den Zugang zu Unterlagen über Kriegstote und Gräber von Kriegstoten der jeweils anderen Vertragspartei, die bei Behörden, natürlichen und juristischen Personen ihres Landes jetzt oder in Zukunft verfügbar sind. Andere Vereinbarungen und Absprachen bleiben unberührt.

#### Artikel 9

(1) Zur Durchführung ihrer Aufgaben können der Volksbund und das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien Vertreter, Fachkräfte und sonstiges Personal in das jeweils andere Hoheitsgebiet entsenden.

(2) Der Volksbund und das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien bedienen sich bei der Ausführung der sich bei der Durchführung dieses Abkommens ergebenden Arbeiten nach Möglichkeit örtlicher Arbeitskräfte und örtlichen Materials gemäß den im freien Wettbewerb üblichen Bedingungen.

(3) Der Volksbund kann auch aus der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör, die für die Durchführung der in diesem Abkommen erwähnten Arbeiten erforderlich sind, in die Republik Serbien einführen und wieder ausführen. Das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien kann aus der Republik Serbien entsprechend Geräte, Transportmittel, Material und Zubehör in die Bundesrepublik Deutschland einführen und wieder ausführen.

(4) Für die Zollabfertigung dieser Waren gilt jeweils Folgendes:

1. Vorübergehend eingeführte Geräte und Transportmittel werden bei ihrer Einfuhr abgabenfrei mit dem Vorbehalt abgefertigt, dass die genannten Geräte und Transportmittel nach Beendigung der Arbeiten abgabenfrei wieder ausgeführt werden.
2. Material und Zubehör, das für die Errichtung, Ausschmückung oder Pflege der Gräber, Gedenkstätten oder Friedhöfe bestimmt ist, bleibt frei von Einfuhrabgaben und Gebühren, wenn den Zollbehörden zusätzlich zur regulären Einfuhrerklärung vorgelegt werden:
  - eine genaue Aufstellung der eingeführten Waren,
  - eine Verpflichtungserklärung, dass die genannten Waren nur für die in diesem Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

#### Artikel 10

Die gemäß Artikel 3 Absatz 1 vereinbarte Überlassung der als Kriegsdenkstätten dienenden Geländeflächen enthält die Befugnis, im Rahmen der einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften alle Herrichtungs- und Verschönerungsarbeiten auf den Kriegsdenkstätten sowie den Bau geeigneter Zufahrtswege, Aufenthaltsräume und sonstiger Einrichtungen für Besucher unmittelbar auszuführen.

#### Artikel 11

Die Bestimmungen der Artikel 9 und 10 gelten entsprechend auch für jeden Dritten, der durch das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien mit der technischen Durchführung dieses Abkommens gemäß Artikel 7 Absatz 2 beauftragt wird.

(3) Уколико нека друга организација или институција буде задужена за техничко спровођење овог Споразума, потребна је претходна сагласност друге уговорне стране.

#### Члан 8.

Уговорне стране, у складу са својим унутардржавним прописима, пружиће институцијама и организацијама друге уговорне стране наведеним у члану 7. сваку могућу помоћ, посебно у погледу приступа документацији о страдалим у рату и гробовима жртава рата друге уговорне стране која ће сада или убудуће бити расположива органима власти, физичким или правним лицима из њихових земаља. Ова одредба нема утицаја на друге споразуме и договоре.

#### Члан 9.

(1) У циљу извршења својих задатака Народни савез и Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије могу упутити представнике као и стручно и остало особље на територију друге стране.

(2) За извођење радова који произлазе из спровођења овог Споразума Народни савез и Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије ће, по могућности, ангажовати локалну радну снагу и користити локални материјал, у складу са уобичајеним условима слободне конкуренције.

(3) Поред тога, Народни савез може из Савезне Републике Немачке или неке друге земље чланице Европске уније у Републику Србију да увезе и из ње поново да извезе опрему, превозна средства, материјал и прибор који су потребни за извођење радова на основу овог Споразума. Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије може из Републике Србије, на исти начин, у Савезну Републику Немачку да увезе и из ње да извезе опрему, превозна средства, материјал и прибор.

(4) За царињење наведене робе важиће следеће:

1. Привремено увезена опрема и превозна средства ће се приликом увоза царинити без плаћања дажбина, с тим да се наведена опрема и превозна средства без плаћања дажбина поново извезу по завршетку радова.
2. Материјал и прибор који су намењени подизању, украшавању или неговању гробова, спомен места или гробља, ослобођени су од плаћања увозних дажбина и такси ако се царинским органима поред редовне увозне декларације предоче:
  - тачна спецификација увезене робе,
  - изјава којом се осигурава да ће се наведена роба користити искључиво у сврхе предвиђене овим Споразумом.

#### Члан 10.

Уступањем земљишних површина које служе као ратни меморијали, а које је договорено у складу са чланом 3. став 1. овог Споразума, даје се овлашћење да се у оквиру важећих унутрашњих прописа непосредно изведу сви радови на уређивању и улепшавању ратних меморијала као и на изградњи прикладних прилазних путева, просторија за боравак и осталих објеката за посетиоце.

#### Члан 11.

Одредбе из члана 9. и 10. овог Споразума сходно се примењују на било које треће лице које ће Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије, у складу са чланом 7. став 2, задужити за техничко спровођење овог Споразума.

**Artikel 12**

Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt.

**Artikel 13**

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei bei Vorliegen besonderer Umstände gekündigt werden. Eine Kündigung ist erst nach Ablauf von fünf Jahren ab Inkrafttreten dieses Abkommens mit einer Frist von sechs Monaten möglich. Wünscht eine der Vertragsparteien, das Abkommen zu ändern, so nehmen die Vertragsparteien Verhandlungen hierüber auf.

(3) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Vertragspartei veranlasst, auf deren Hoheitsgebiet das Abkommen unterzeichnet wird. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Belgrad am 28. November 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und serbischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

**Члан 12.**

Спорови око тумачења или примене овог Споразума решаваће се преговорима надлежних органа уговорних страна.

**Члан 13.**

(1) Овај Споразум ступа на снагу месец дана након што уговорне стране дипломатским путем обавесте једна другу да су испуњени сви услови прописани у складу са важећим националним законодавством за његово ступање на снагу. Меридаван је дан пријема последњег обавештења.

(2) Свака уговорна страна може да откаже овај Споразум ако за то постоје посебне околности. Отказ је могућ најраније по истеку пет година од ступања на снагу овог Споразума, са роком од шест месеци. Уколико једна од уговорних страна жели да измени Споразум, уговорне стране ће о томе покренути преговоре.

(3) Поступак за регистрацију овог Споразума при Секретаријату Уједињених нација у складу са чланом 102. Повеље Уједињених нација ће покренути одмах по његовом ступању на снагу она уговорна страна на чијој територији ће се потписати Споразум. Друга уговорна страна ће бити обавештена о извршеној регистрацији, уз навођење броја регистрације, чим Секретаријат Уједињених нација буде потврдио регистрацију.

Сачињено у Београду дана 28. новембра 2018. у два оригинала, сваки на немачком и српском језику, при чему је сваки текст једнако обавезујући.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
За Владу Савезне Републике Немачке  
Thomas Schieb

Für die Regierung der Republik Serbien  
За Владу Републике Србије  
Zoran Đorđević

Anlage  
zu Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Serbien  
über Kriegsgedenkstätten  
Arbeitsverfahren zur Abstimmung der Namenskennzeichnung  
auf den Kriegsgedenkstätten

Анекс  
у вези са чланом 1. став 3. Споразума  
између Владе Савезне Републике Немачке  
и Владе Републике Србије  
о ратним меморијалима  
Радни поступак за усаглашавање исписивања имена  
на ратним меморијалима

1. Auf den bereits bestehenden oder neu zu errichtenden Kriegsgedenkstätten der Vertragsparteien werden Tafeln in deutscher und serbischer Sprache mit dem Namen der Kriegsgedenkstätte, die Anzahl der hier bestatteten Kriegstoten sowie Dokumentationstafeln über das lokale Kriegsgeschehen aufgestellt.
  2. Die persönlichen Daten der Kriegstoten (Name, Vorname, Geburts- und Sterbedatum sowie die Grablage) werden auf Grabzeichen beziehungsweise Gedenktafeln aus dauerhaftem Material verzeichnet. Nicht mehr zu bergende Kriegstote können ebenfalls aufgeführt werden.
  3. Die persönlichen Daten der Kriegstoten gemäß Nummer 2 werden zusätzlich in Namensbüchern dokumentiert, die auf der Kriegsgedenkstätte einzusehen sind.
  4. Die für eine Beschriftung vorgesehenen Namen von deutschen Kriegstoten des Krieges von 1939 bis 1945 sind dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien vorab zur Prüfung vorzulegen.
  5. Um eine zeitgerechte Herstellung der Namenskennzeichnung zu gewährleisten, soll das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien die Namenslisten nach Nummer 4 innerhalb von maximal vier Monaten nach Eingang mit entsprechenden Prüfvermerken an den Volksbund zurückgeben.
  6. Die konkrete Abstimmung über Einzelfälle, bei denen nach Prüfung Vorbehalte bezüglich der Nennung eines Namens bestehen, erfolgt in gegenseitigem Einvernehmen. Ziel dieses Verfahrens ist es, Rücksichtnahme auf die persönlichen Gefühle der Bürger der Republik Serbien zu gewährleisten.
  7. Die dem Ministerium für Arbeit, Beschäftigung, Veteranen und Soziales der Republik Serbien zur Verfügung zu stellende Namensliste beinhaltet folgende Merkmale:
    - Name,
    - Vorname,
    - Geburtsdatum,
    - Todesdatum,
    - Dienstgrad,
    - Truppenteil,
    - Ausbettungsort,
    - Umbettungsnummer,
    - Bestattungs- und Identifizierungscode,
    - Einbettungsfriedhof.
1. На већ постојећим ратним меморијалима уговорних страна или ратним меморијалима који ће се накнадно уредити поставиће се плоче на српском и немачком језику са називом ратног меморијала, бројем сахрањених жртава рата као и табле које ће информисати о ратним збивањима на том месту.
  2. Лични подаци о жртвама рата (презиме, име, датум рођења и смрти као и локација гроба) ће бити исписани на надгробним ознакама одн. на спомен плочама израђеним од трајног материјала. Подаци о жртвама рата чији пренос више није могућ такође могу бити наведени.
  3. Лични подаци о жртвама рата из тачке 2. ће бити документовани и у књигама са именима у које се може имати увид на ратном меморијалу.
  4. Имена немачких жртава рата 1939. – 1945. године која су предвиђена за исписивање ће се претходно доставити на проверу Министарству за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије.
  5. Да би се обезбедило правовремено исписивање имена, Министарство за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије ће Народном савезу вратити спискове имена из тачке 4. Анекса најкасније у року од четири месеца по пријему истих са одговарајућим напоменама о извршеној провери.
  6. Конкретно усаглашавање појединачних случајева код којих после провере постоје резерве у вези са исписивањем имена вршиће се уз обострану сагласност. Циљ овог поступка је уважавање личних осећања грађана Републике Србије.
  7. Списак имена који се доставља Министарству за рад, запошљавање, борачка и социјална питања Републике Србије садржи следеће податке:
    - презиме
    - име
    - датум рођења
    - датум смрти
    - чин
    - јединицу
    - место ексхумације
    - број премештања у други гроб
    - код под којим су идентификовани и сахрањени посмртни остаци
    - гробље на којем су сахрањени посмртни остаци.

**Bekanntmachung  
der deutsch-malischen Vereinbarung  
über die Entsendung eines polizeilichen Beraters  
an die École de Maintien de la Paix  
und dessen Rechtsstatus**

**Vom 30. August 2019**

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 5. Dezember 2018/11. Dezember 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über die Entsendung eines polizeilichen Beraters an die École de Maintien de la Paix und dessen Rechtsstatus ist nach ihrer Inkrafttreten-

klausel  
am 11. Dezember 2018

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 30. August 2019

Bundesministerium  
des Innern, für Bau und Heimat  
Im Auftrag  
D. Busch

Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland  
Bamako

Bamako, den 5. Dezember 2018

#### Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Republik Mali unter Bezugnahme auf ihre Verbalnote Nr. 109 vom 26. März 2018 den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali über die Entsendung eines polizeilichen Beraters an die École de Maintien de la Paix sowie dessen Rechtsstatus vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsendet auf Ersuchen der Regierung der Republik Mali zeitnah einen polizeilichen Berater in die Republik Mali, der der École de Maintien de la Paix zugewiesen wird.
2. Dem polizeilichen Berater an der École de Maintien de la Paix wird die freie Ein- und Ausreise und Bewegungsfreiheit innerhalb der Republik Mali unter Beachtung der folgenden Regelungen gewährt:
  - a) Der polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix ist von Registrierungen und Kontrollen für ausländische Staatsangehörige in der Republik Mali ausgenommen, erwirbt aber aufgrund seiner Einreise in die Republik Mali für die Dauer des Aufenthaltes in der Republik Mali keinerlei Recht auf Einrichtung eines ständigen Wohnsitzes.
  - b) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, dass der polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix die Republik Mali nach Beendigung seines dienstlichen Auftrages verlässt, sofern mit der Regierung der Republik Mali nichts anderes vereinbart wird.
3. Der polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix wird verpflichtet, die Gesetze der Republik Mali zu beachten und sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die im Widerspruch zu dieser Vereinbarung steht.
4. Soweit diese Vereinbarung nicht zusätzliche Vorrechte und Immunitäten vorsieht, gewährt die Republik Mali dem entsandten polizeilichen Berater an der École de Maintien de la Paix die gleichen Vorrechte und Immunitäten, wie sie den Mitgliedern des Verwaltungs- und technischen Personals der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Mali nach Artikel 37 Absatz 2 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 zustehen.
5. Der polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix ist berechtigt, die deutsche Polizeiuniform zu tragen, soweit dies im dienstlichen Rahmen erforderlich ist und von deutschen Behörden angeordnet wurde.
6. Der in die Republik Mali entsandte polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix unterliegt ausschließlich der Zuständigkeit der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland.
7. Die Regelungen unter Nummer 1 und Nummer 3 erstrecken sich auch auf Familienmitglieder des polizeilichen Beraters an der École de Maintien de la Paix.
8. Sämtliches Material sowie andere Güter, die der polizeiliche Berater an der École de Maintien de la Paix für seine Tätigkeit an der École de Maintien de la Paix sowie für seinen persönlichen Bedarf und den seiner Familie benötigt, können in die Republik Mali eingeführt, dort verwendet und von dort wieder ausgeführt werden, ohne dass darauf Zoll, Steuern, Verbrauchssteuern, Kautionen, Lizenzgebühren oder sonstige Beschränkungen oder Abgaben erhoben werden. Sämtliches Material sowie alle Geräte, Güter, Leistungen, ein Fahrzeug und sonstige Artikel, die für die Tätigkeit des polizeilichen Beraters an der École de Maintien de la Paix sowie für seinen persönlichen Bedarf in der Republik Mali beschafft werden, sind entsprechend der Regelung in Artikel 36 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen von allen Zöllen, Steuern, Verbrauchssteuern, Kautionen, Lizenzgebühren und sonstigen Beschränkungen und Abgaben befreit. Diese Regelung unterliegt jedoch der Einschränkung, dass diese Güter in der Republik Mali abgegeben werden können, sofern der Verkauf oder die Abgabe von derartigen Gütern in der Republik Mali an Personen oder Organisationen, die nicht von den betreffenden Steuern und Abgaben befreit sind, den zuständigen Behörden der Republik Mali zur Genehmigung angezeigt wird, es sei denn, diese Güter werden ausschließlich zu humanitären Zwecken abgegeben.
9. Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Vertragsparteien über die Auslegung und Umsetzung dieser Vereinbarung sind ausschließlich von beiden Vertragsparteien durch Konsultationen oder Vereinbarungen beizulegen.
10. Diese Vereinbarung kann jederzeit in gegenseitigem Einvernehmen zwischen beiden Vertragsparteien schriftlich geändert oder ergänzt werden.

11. Diese Vereinbarung kann jederzeit durch eine der Vertragsparteien schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird zwei Monate nach Eingang der Kündigungsmitteilung bei der anderen Vertragspartei wirksam.
12. Diese Vereinbarung wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Mali mit den unter den Nummern 1 bis 12 gemachten Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Republik Mali zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Republik Mali eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Mali bilden, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit der Republik Mali erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das  
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten  
und internationale Zusammenarbeit  
der Republik Mali  
Koulouba

---

### **Bekanntmachung des deutsch-usbekischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 3. September 2019**

Das in Taschkent am 28. März 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Usbekistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 bis 2018 ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 28. März 2018

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. September 2019

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
K. Oellers

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Usbekistan über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 bis 2018

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Usbekistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik  
Usbekistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch  
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und  
zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Bezie-  
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung  
in der Republik Usbekistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhand-  
lungen vom 19. Juli 2017 –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht  
es der Regierung der Republik Usbekistan oder anderen, von  
beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern,  
von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beiträge  
zu erhalten:

1. Darlehen von insgesamt 11 300 000 Euro (in Worten: elf  
Millionen dreihunderttausend Euro) für die Vorhaben
  - a) „Modernisierung der medizinischen Multiprofilzentren IV“  
bis zu 10 300 000 Euro (in Worten: zehn Millionen drei-  
hunderttausend Euro),
  - b) „Bekämpfung der Tuberkulose Phase V (Labor Samarkand)“  
bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro),wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorha-  
ben festgestellt worden ist.
2. Finanzierungsbeiträge von bis zu 1 000 000 Euro (in Worten:  
eine Million Euro) für notwendige Begleitmaßnahmen zur  
Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 Buch-  
stabe a genannten Vorhabens.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es  
der Regierung der Republik Usbekistan zu einem späteren Zeit-  
punkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge  
zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder

weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnah-  
men zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten  
Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen An-  
wendung.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die  
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie  
das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der  
KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungs-  
beiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik  
Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 ge-  
nannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von  
vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens-  
und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Be-  
träge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

(3) Die Regierung der Republik Usbekistan, soweit sie nicht  
selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zah-  
lungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehens-  
nehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge  
garantieren.

(4) Die Regierung der Republik Usbekistan, soweit sie nicht  
Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzah-  
lungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließen-  
den Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der  
KfW garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Republik Usbekistan befreit die KfW von  
direkten Steuern, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und  
der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge  
in der Republik Usbekistan erhoben werden. In diesem Zusam-  
menhang erhobene Umsatzsteuer und ähnliche indirekte Steuern  
werden von der Regierung der Republik Usbekistan getragen.  
Erhobene besondere Verbrauchsteuern werden von der Regie-  
rung der Republik Usbekistan übernommen. Darüber hinaus  
befreit die Regierung der Republik Usbekistan die KfW von sons-  
tigen öffentlichen Abgaben.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Usbekistan überlässt bei den sich  
aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzie-  
rungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern  
im Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die

freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### **Artikel 5**

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die an-

dere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen; die Kündigung wird 30 Tage nach Eingang bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(4) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(5) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Taschkent am 28. März 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Günter Overfeld

Für die Regierung der Republik Usbekistan  
Schukhrat Wafaev

---

### **Bekanntmachung der deutsch-dominikanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 9. September 2019**

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 9. Mai 2013 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik in Ausführung der Abkommen vom 27. Juni 1984 und vom 26. Juli 2000 über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 9. Mai 2013

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. September 2019

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Ulrike Metzger

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Santo Domingo, den 9. Mai 2013

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Regierungsverhandlungen vom 13. bis 14. April 1999 und Ziffer 3.1 des Protokolls der Regierungsverhandlungen vom 15. und 16. Juni 2005 sowie auf die Abkommen vom 27. Juni 1984 und vom 26. Juli 2000 über Finanzielle Zusammenarbeit und die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit der Verbalnote Nr. 186/2009 vom 22. September 2009 folgende Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Dominikanischen Republik oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Darlehen bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) für das Vorhaben „Energieeffizienzprogramm“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.
2. Das unter Nummer 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik durch andere Vorhaben ersetzt werden.
3. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Dominikanischen Republik zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
4. Die Verwendung des unter Nummer 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
5. Die Zusage des unter Nummer 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2017.
6. Die Regierung der Dominikanischen Republik, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Nummer 4 zu schließenden Verträge garantieren.
7. Die Regierung der Dominikanischen Republik stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der unter Nummer 4 erwähnten Verträge in der Dominikanischen Republik erhoben werden.
8. Die Regierung der Dominikanischen Republik überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
9. Das im Abkommen vom 26. Juli 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Kleinwasserkraftwerke Nizaito und Canal Santana“, vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 7 669 378,22 EUR (in Worten: sieben Millionen sechshundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig Euro und zweiundzwanzig Cent; nachrichtlich: 15 000 000,- DM; in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) reprogrammiert und zusätzlich für das unter Nummer 1 erwähnte Vorhaben „Energieeffizienzprogramm“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist. Die Mittel setzen sich zusammen aus der Zusage des Jahres 1981 von 4 959 531,25 EUR (in Worten: vier Millionen neunhundertneunundfünfzigtausendfünfhunderteinunddreißig Euro und fünfundzwanzig Cent; nachrichtlich: 9 700 000,- DM; in Worten: neun Millionen siebenhunderttausend Deutsche Mark), des Jahres 1983 von 1 533 875,64 EUR (in Worten: eine Million fünfhundertdreiunddreißigtausendachthundertfünfsiebzig Euro und vierundsechzig Cent; nachrichtlich: 3 000 000,- DM; in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) und der Zusage des Jahres 1985 von 1 175 971,33 EUR (in Worten: eine Million einhundertfünfsiebzigtausendneunhunderteinundsiebzig Euro und dreiunddreißig Cent; nachrichtlich: 2 300 000,- DM; in Worten: zwei Millionen dreihunderttausend Deutsche Mark).

10. Für die unter Nummer 9 genannte Reprogrammierung in Höhe von 7 669 378,22 EUR (in Worten: sieben Millionen sechshundertneunundsechzigtausenddreihundertachtundsiebzig Euro und zweiundzwanzig Cent; nachrichtlich: 15 000 000,— DM; in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) gelten folgende Konditionen: 4,5 % Zinsen p. a. bei einer Laufzeit von 20 Jahren unter Einschluss von 5 tilgungsfreien Jahren.
11. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Abkommen vom 27. Juni 1984 und vom 26. Juli 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Dominikanischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit auch für dieses Vorhaben.
12. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Dominikanischen Republik mit den unter den Nummern 1 bis 12 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Dominikanischen Republik  
Herrn Carlos Morales Troncoso  
Santo Domingo

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Europäischen Übereinkommens  
über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern  
bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen**

**Vom 10. September 2019**

Spanien hat am 6. September 2019 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats das Europäische Übereinkommen vom 19. August 1985 über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen (BGBl. 2004 II S. 1642, 1643) nach seinem Artikel 16 Absatz 1 gekündigt. Die Kündigung wird nach Artikel 16 Absatz 2 des Übereinkommens am 1. April 2020 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. Mai 2019 (BGBl. II S. 493).

Berlin, den 10. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens der Vereinten Nationen  
zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus**

**Vom 10. September 2019**

Das Internationale Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (BGBl. 2003 II S. 1923, 1924) wird nach seinem Artikel 26 Absatz 2 für

Libanon\* am 28. September 2019  
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde eingelegten Vor-  
behalts zu Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. April 2017 (BGBl. II S. 558).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 10. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Abkommens  
zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel**

**Vom 11. September 2019**

Das am 15. August 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Abkommen vom 16. Juni 1995 zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (BGBl. 1998 II S. 2498, 2500; 2004 II S. 600, 601) ist nach seinem Artikel XIV Absatz 2 für

Malawi am 1. September 2019  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Dezember 2018 (BGBl. 2019 II S. 66).

Berlin, den 11. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens  
über persistente organische Schadstoffe  
(POPs-Übereinkommen)**

**Vom 11. September 2019**

Das Stockholmer Übereinkommen vom 23. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe (BGBl. 2002 II S. 803, 804; 2009 II S. 1060, 1061) wird nach seinem Artikel 26 Absatz 2 für

Usbekistan\* am 26. September 2019  
nach Maßgabe einer Erklärung nach Artikel 25 Absatz 4

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. September 2018 (BGBl. II S. 416).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 11. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
des deutsch-kamerunischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 11. September 2019**

Das in Jaunde am 3. Juli 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun über Finanzielle Zusammenarbeit 2017 (Vorhaben „Unterstützung der Dezentralisierung und der lokalen Entwicklung (FEICOM)“) ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 3. Juli 2018

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. September 2019

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Dr. Simon Koppers

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun über Finanzielle Zusammenarbeit 2017

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Kamerun –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kamerun beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 240/2017 vom 8. November 2017) –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kamerun oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Finanzierungsbeitrag von insgesamt 8 600 000 Euro (in Worten: acht Millionen sechshunderttausend Euro) für folgendes Vorhaben zu erhalten:

Unterstützung der Dezentralisierung  
und der lokalen Entwicklung (FEICOM),

wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Maßnahme zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung, Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder Vorhaben der sozialen Infrastruktur oder des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kamerun zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchfüh-

rung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Finanzierungsverträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

(3) Die Regierung der Republik Kamerun, soweit sie nicht Empfängerin des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Republik Kamerun befreit die KfW von direkten Steuern, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Finanzierungsverträge in der Republik Kamerun erhoben werden. In diesem Zusammenhang erhobene Umsatzsteuer und ähnliche indirekte Steuern werden von der Regierung der Republik Kamerun getragen. Erhobene besondere Verbrauchsteuern werden von der Regierung der Republik Kamerun übernommen. Darüber hinaus befreit die Regierung der Republik Kamerun die KfW von sonstigen öffentlichen Abgaben.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Kamerun überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen; die Kündigung wird 30 Tage nach Eingang bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(4) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(5) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Jaunde am 3. Juli 2018 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Hans-Dieter Stell

Für die Regierung der Republik Kamerun  
Alamine Ousmane Mey

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag  
im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)  
sowie des Protokolls hierzu**

**Vom 12. September 2019**

I.

Das Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) (BGBl. 1961 II S. 1119, 1120) ist nach seinem Artikel 43 Absatz 2 für

Pakistan\* am 28. August 2019  
nach Maßgabe eines Vorbehalts nach Artikel 48  
in Kraft getreten.

II.

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) (BGBl. 1980 II S. 721, 733) ist nach seinem Artikel 4 Absatz 2 für

Pakistan am 28. August 2019  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Februar 2017 (BGBl. II S. 374).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 12. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
zum Europäischen Übereinkommen  
über das grenzüberschreitende Fernsehen**

**Vom 17. September 2019**

Das Vereinigte Königreich\* hat dem Generalsekretariat des Europarats am 29. August 2019 notifiziert, dass es das Europäische Übereinkommen vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBl. 1994 II S. 638, 639) auf Gibraltar erstreckt und eine Erklärung nach Artikel 19 des Übereinkommens abgegeben.

Gemäß seinem Artikel 31 Absatz 2 wird das Übereinkommen für  
Gibraltar am 1. Dezember 2019  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Juli 2013 (BGBl. II S. 1139).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter [www.conventions.coe.int](http://www.conventions.coe.int) einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 17. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Dritten Zusatzprotokolls  
zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen**

**Vom 17. September 2019**

Das Dritte Zusatzprotokoll vom 10. November 2010 (BGBl. 2014 II S. 1062, 1063) zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371) wird nach seinem Artikel 14 Absatz 3 für

Italien\* am 1. Dezember 2019  
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebenen  
Erklärungen gemäß Artikel 4 und 5 des Dritten Zusatzprotokolls  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. April 2019 (BGBl. II S. 464).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter [www.conventions.coe.int](http://www.conventions.coe.int) einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Protokoll zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 17. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Zweiten Zusatzprotokolls zum  
Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen**

**Vom 17. September 2019**

Das Zweite Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (BGBl. 2014 II S. 1038, 1039) wird nach seinem Artikel 30 Absatz 3 für

Italien\* am 1. Dezember 2019  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Juni 2019 (BGBl. II S. 653).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter [www.conventions.coe.int](http://www.conventions.coe.int) einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Protokoll zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 17. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls von 1992  
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969  
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

**Vom 17. September 2019**

Das Protokoll vom 27. November 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1994 II S. 1150, 1152; 2002 II S. 943, 944) wird nach seinem Artikel 13 Absatz 4 für

Guyana am 20. Februar 2020  
Honduras am 26. Juni 2020  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 2017 (BGBl. II S. 1349).

Berlin, den 17. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens  
zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen**

**Vom 24. September 2019**

Das Internationale Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (BGBl. 2009 II S. 932, 933; 2011 II S. 848) ist nach seinem Artikel 39 Absatz 2 für

Norwegen\* am 21. September 2019  
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde eingelegten Vorbehalts zu Artikel 17 sowie von Erklärungen zu den Artikeln 17 und 20 des Übereinkommens

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. August 2019 (BGBl. II S. 811).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 24. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls  
zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels,  
insbesondere des Frauen- und Kinderhandels,  
zum Übereinkommen der Vereinten Nationen  
gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität**

**Vom 24. September 2019**

Das Zusatzprotokoll vom 15. November 2000 zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15. November 2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 995) wird nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für

Bangladesch\* am 12. Oktober 2019  
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts zu Artikel 15 Absatz 2

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Mai 2019 (BGBl. II S. 652).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Zusatzprotokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 24. September 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über die Berichtigung des französischen Wortlauts  
des Internationalen Übereinkommens von 1974  
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See  
und des Protokolls von 1988 zu diesem Übereinkommen (SOLAS)**

**Vom 30. September 2019**

Auf Grund der Verbalnote NV.013 des Generalsekretärs der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation vom 10. September 2018 wird der verbindliche französische Wortlaut der Entschließung MSC.99(73) vom 5. Dezember 2000 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 2002 II S. 2938, Anlageband) wie folgt berichtigt:

In Kapitel V Regel 22 Absatz 3 werden die Wörter „navires de conception classique“ durch die Wörter „navires de conception non conventionnelle“ ersetzt.

Berlin, den 30. September 2019

Bundesministerium  
für Verkehr und digitale Infrastruktur  
Im Auftrag  
Plaaß

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls  
zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes  
betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten**

**Vom 1. Oktober 2019**

Das Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (BGBl. 2004 II S. 1354, 1355) wird nach seinem Artikel 10 Absatz 2 für

Gambia\* am 27. Oktober 2019  
nach Maßgabe einer Erklärung zu Artikel 3 des Fakultativprotokolls

Myanmar\* am 27. Oktober 2019  
nach Maßgabe von Erklärungen zu den Artikeln 3 und 4 des Fakultativprotokolls

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Oktober 2018 (BGBl. II S. 451).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Protokoll, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 1. Oktober 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame,  
unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

**Vom 1. Oktober 2019**

Das Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246, 247; 1996 II S. 282, 284) wird nach seinem Artikel 27 Absatz 2 für

Grenada am 26. Oktober 2019  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Juli 2019 (BGBl. II S. 787).

Berlin, den 1. Oktober 2019

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick